



Aktueller Begriff

Der 9. November im 20. Jahrhundert

Der 9. November gilt als komplexester Erinnerungstag der deutschen Geschichte. Im Rückblick erscheinen die 9. November 1918, 1923, 1938 und 1989 wie eine untrennbare „symbolische Kette“ (G. Merlio), die Deutschlands Pendeln zwischen Demokratie und Diktatur versinnbildlicht.

9. November 1918: Angesichts der sich abzeichnenden Kriegsniederlage hatten bereits am 30. Oktober Marinesoldaten in Kiel und Wilhelmshaven den Befehl zum Auslaufen verweigert und damit weitere Aufstände ausgelöst, die sich rasch zu einer revolutionären Massenbewegung entwickelten. Als am 9. November schließlich große Demonstrationen durch Berlin zogen, verkündete Reichskanzler Prinz Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers, der sich in das Große Hauptquartier im belgischen Spa zurückgezogen hatte. Anschließend übertrug von Baden dem MSPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers, der durch eine Regierungsumbildung eine weitere Radikalisierung verhindern wollte. Noch am selben Tag verkündete Philipp Scheidemann (MSPD) einer vor dem Reichstag versammelten Menschenmenge die Abdankung des Kaisers, beschwor die Aufgabe „Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ zu bewahren und proklamierte schließlich die Republik. Wenig später rief auch Karl Liebknecht, einer der Anführer des revolutionären Spartakusbundes, vom Berliner Stadtschloss aus „die freie sozialistische Republik“ aus. Symbolträchtig schien den meisten Zeitgenossen an diesem Tag wohl eher das Ende der Hohenzollernherrschaft als die pathetische Proklamation der neuen Republik. Dem entsprechend nutzten in der Weimarer Republik vor allem deren Gegner das Datum, um die Ergebnisse und Versäumnisse der „Novemberrevolution“ öffentlich zu kritisieren. Dagegen griff die staatliche Erinnerungskultur den 9. November nicht auf. Im Gedenken an die Unterzeichnung der Weimarer Reichsverfassung durch Friedrich Ebert 1919 bestimmte die Republik stattdessen den 11. August zu ihrem Nationalfeiertag.

9. November 1923: Auch der Hitler-Ludendorff-Putsch besaß einen symbolischen Bezug auf die Novemberrevolution. Für den Abend des 8. November 1923 hatte der bayerische Generalstaatskommissar Gustav von Kahr eine „Vaterländische Kundgebung“ im Münchner Bürgerbräukeller einberufen, auf der am Vorabend des fünften Jahrestags der „marxistischen Novemberrevolution“ mit der Berliner Reichsregierung „abgerechnet“ werden sollte. Diese wurde zum Ausgangspunkt des Hitler-Ludendorff-Putsches, als Hitler in einer Proklamation „An das deutsche Volk“ die „Regierung der Novemberverbrecher in Berlin“ für abgesetzt erklärte. Der nach dem Vorbild Mussolinis geplante „Marsch auf Berlin“ wurde jedoch bereits am nächsten Tag vor der Feldherrnhalle von der Bayerischen Landespolizei niedergeschlagen. Die Rädelsführer wurden im Laufe der nächsten Tage verhaftet, und die NSDAP wurde als Partei verboten. Mit alljährlichen Erinnerungsfestivals avancierte der Putsch nach 1933 zu einem zentralen Bezugspunkt nationalsozialistischer Mythen- und Traditionsbildung.

9. November 1938: Anlässlich des 15. Jahrestages traf sich Hitler mit den zu „alten Kämpfern“ verklärten Putschteilnehmern von 1923 in München, als die Nachricht eintraf, dass der zwei Tage zuvor in Paris angeschossene Legationssekretär Ernst vom Rath seinen Verletzungen erlegen war. Der Attentäter, ein 17jähriger Jude, hatte damit gegen die brutale Abschiebung polnischer Juden aus Deutschland protestieren wollen. Dem nationalsozialistischen Regime diente dieses Attentat als willkommener Vorwand, um antisemitische Ausschreitungen zu legitimieren. Diese Novemberpogrome waren keineswegs Ausdruck eines „spontanen Volkszorns“, wie Reichspropagandaminister Goebbels glauben machen wollte, sondern – nach Absprache mit Hitler – von ihm selbst initiiert und vor allem von SA- und SS-Mitgliedern ausgeführt. Wochenlang kam es an hunderten Orten zu gewalttätigen Übergriffen, denen über 100 jüdische Frauen und Männer zum Opfer fielen. Viele weitere wurden in den Suizid getrieben. Über 30.000 jüdische Männer wurden in Konzentrationslager verschleppt. Die materielle Bilanz der Gewalt waren 7.500 zerstörte jüdische Geschäfte und 1.200 niedergebrannte Synagogen und Gebethäuser. Dieser organisierte Pogrom markierte den sichtbaren Übergang von der administrativen und legislativen Diskriminierung zur offenen Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, die in den organisierten Massenmord an den Juden Europas mündete.

9. November 1989: Im Herbst 1989 beschleunigte sich der durch die Reformpolitik des KPdSU-Vorsitzenden Michail Gorbatschow angestoßene Wandel in Mittel- und Osteuropa. Neben einer stark anwachsenden Fluchtwelle formierte sich in der DDR eine politische Opposition, die seit September 1989 in Massendemonstrationen gegen den Reformunwillen der SED-Führung auf die Straße ging. Ausgehend von den Leipziger Montagsdemonstrationen, die wöchentlich im Anschluss an die Friedensgebete in der Nikolaikirche stattfanden, forderten immer zahlreichere Demonstranten das Ende von Bevormundung und Repression, durchgreifende Reformen, freie Wahlen sowie Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Vor dem Hintergrund der massiven öffentlichen Proteste lehnte die Volkskammer am 7. November den Entwurf eines restriktiven Reisegesetzes ab, woraufhin der DDR-Ministerrat und das SED-Politbüro zurücktraten. Am Abend des 9. November setzte eine Kettenreaktion ein, nachdem der Sprecher des Zentralkomitees Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz eine Erklärung zu einer neuen Reiseverordnung verlesen hatte, der zufolge künftig ohne Angabe von Gründen kurzfristig Genehmigungen für Reisen ins Ausland erteilt würden. Auf Nachfrage eines Journalisten, wann die Verordnung in Kraft trete, antwortete Schabowski, dass nach seiner Kenntnis die Regelung „sofort, unverzüglich“ gelte. Im Laufe der nächsten Stunden strömten immer mehr Menschen zu den Grenzübergängen in Berlin, die schließlich – zunächst um 22.30 Uhr an der Bornholmer Straße – geöffnet wurden. Dort versammelten sich daraufhin Menschen aus Ost und West zu spontanen Freudenfeiern. Der Mauerfall besiegelte den Untergang der DDR und bereitete den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Quellen

- Asmuss, Burkhard: Der 9. November – Schicksalstag der Deutschen? In: LeMO – Lebendiges Museum Online, abrufbar unter: <http://www.dhm.de/lemo/rueckblick/der-9-november-schicksalstag-der-deutschen.html#> (abgerufen am 8. Oktober 2018).
- Merlio, Gilbert: 9. November: ein schwieriger Erinnerungstag. In: Etienne François/Uwe Puschner (Hg.): Erinnerungstage. Wendepunkte der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. München 2010, S. 219-238.
- Willms, Johannes (Hg.): Der 9. November. Fünf Essays zur deutschen Geschichte. München 1994.